

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 476

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. November 2018, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle**

Anwesend	31/33 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Urs Baumann, Stephan Bregy, Tobias Henzen, Kurt Lanz (anwesend ab 19.10 Uhr), Matthias Nebiker, Simon Schärer, Erich Schwob, Claude Weisskopf, Patrick Weisskopf (anwesend ab 19.20 Uhr) Gemeinderat: -
Vorsitz	Hasan Kanber
Protokoll	Evelyne Hefti
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Dringliche Interpellation der SP Fraktion, Andreas Moldovanyi, „Schliessung des Schalters des Bahnhofs Pratteln und Umwandlung des Bahnhofs in eine Station“	3138
2.	Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Asylzentrum in Pratteln“	3142
3.	Reglement über die Zusatzbeiträge nach dem Ergänzungsleistungsgesetz (EL-Zusatzbeiträgereglement) – 2. Lesung	3118
4.	Teilrevision Polizeireglement (PoR) – 2. Lesung	3125
5.	Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller, betreffend „Standort Pfadi-Bundeslager 2021 in Pratteln“	3102
6.	Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2017 – 2018	3126
7.	Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi, betreffend „Öffentliche Spielplätze“	3124
8.	Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Aktuelle Fröschi-Unterführung als Ort der Gestaltung und legaler Graffiti-Kunst“	3040
9.	Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Zugang Sandgruben ab Rütiweg“	3057
10.	Bericht der Entwicklungskommission zur Überprüfung der Legislaturziele 2017 – 2020	3137

- | | | |
|-----|---|------|
| 11. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Kreuzung Gehrenacker-Mühleweg“ | 3128 |
| 12. | Postulat der BDP Pratteln, Marc Oliver Bürgi, betreffend „Aussichtsplattform Emanuel Büchel“ | 3129 |
| 13. | Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Konzept für ein zielführendes Langsamverkehrswegnetz nach Pratteln Nord“ | 3132 |
| 14. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Pick-e-Bike“ | 3133 |
| 15. | Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Überdachte Fahrradparkplätze auf dem Friedhof Blözen“ | 3134 |
| 16. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend "Auswirkungen der Steuervorlage 17 (SV17) / Unternehmenssteuerreform 4 (USR4) für die Gemeinde Pratteln" | 3135 |
| 17. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Velosicherheit Pratteln Nord“ | 3136 |
| 18. | Fragestunde | |

Begrüssung

Hasan Kanber: Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter, liebe Gäste und geschätztes Publikum. Ich begrüsse sie zur 476. Sitzung des Einwohnerrates.

Präsenz

Es sind zurzeit 31 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 16, das 2/3-Mehr 21 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Fredi Wiesner hat die vakante Stellvertretung in der BPK für die SVP-Fraktion übernommen.
- Digitalisierung: Der Gemeinderat hat die Beantwortung des Postulates Nr. 3044 der CVP-Fraktion, Andrea Klein, betreffend Digitalisierung der Einwohnerratssitzungen beschlossen. Das Büro wird das Geschäft anlässlich der nächsten Bürositzung bearbeiten, da es vor allem auch den Einwohnerratsbetrieb in Zukunft betrifft.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Fragestunde

- Es liegen keine Fragen vor.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, betreffend „Einflussnahme der Gemeinde auf die Entwicklung des Unterrichts und die Planung des Neubaus der Sekundarschule Pratteln“ vom 5. November 2018.
- Interpellation der SVP-Fraktion, Simone Schaub, betreffend „Hundespielplatz auf dem Gottesacker“ vom 23. November 2018.
- Interpellation der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Kommunale Klimapolitik – Umsetzung Pariser Abkommen“ vom 22. November 2018.
- Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Abfallsünder“ vom 26. November 2018.
- Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, „Schliessung des Schalters des Bahnhofs Pratteln und Umwandlung des Bahnhofs in eine Station“ vom 5. November 2018.

Es gibt keine Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung über die Dringlichkeit.

://: Der Rat stimmt einstimmig der Dringlichkeit zu.

- Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Asylzentrum in Pratteln“ vom 20. November 2018.

Es gibt keine Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung über die Dringlichkeit.

://: Der Rat stimmt einstimmig der Dringlichkeit zu.

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

- Da **Tobias Henzen** heute krankheitshalber nicht anwesend ist, wird das **Geschäft Nr. 3128** betreffend „Kreuzung Gehrenacker Mühleweg“ abtraktandiert.
- Das **Geschäft Nr. 3136** der **SP-Fraktion, Marcial Darnuzer**, betreffend „**Velosicherheit Pratteln Nord**“ kann vom Gemeinderat erst an der nächsten ER-Sitzung beantwortet werden. Aus diesem Grund wird es ebenfalls abtraktandiert.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Präsenz: Es sind inzwischen 33 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3138

Dringliche Interpellation der SP Fraktion, Andreas Moldovanyi, „Schliessung des Schalters des Bahnhofs Pratteln und Umwandlung des Bahnhofs in eine Station“

Aktenhinweis

- Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, vom 5. November 2018

GR Stefan Löw: Frage 1: Wurde die Gemeinde Pratteln vorgängig über die Schliessung des Schalters und die Umwandlung des Bahnhofs in eine Station informiert? Frage 2: Setzt sich der Gemeinderat dafür ein, dass die Schliessung und die Umwandlung nicht ausgeführt werden? Frage 3: Wenn ja, wie und zu welchem Zeitpunkt? Der Gemeinderat wurde von der SBB zu einem Gespräch eingeladen. Dieses fand am 16. August 2018 statt und war nur als reine Information gedacht und keine Diskussionsanbahnung, ob eine Schliessung in Frage kommt oder nicht. Vertreter der SBB haben uns die Botschaft überbracht, die Entscheidung war aber bereits gefallen und die Umsetzung eingeleitet. Wir erhielten eine Dokumentation mit der Begründung, was von Seiten der SBB ausschlaggebend für die Schliessung war. Die Zahlen sind sehr ausschlagkräftig. GP Stephan Burgunder und ich haben diese Information so entgegengenommen und sind davon ausgegangen, dass die Angaben auch stimmen und rechtens sind. Die Zahlen sind sehr negativ, also mit einem starken Rückgang der Bedienung des Schalters. Die Frequenzen gehen immer weiter abwärts, was schlussendlich von der Wirtschaftlichkeit her zu einem sechsstelligen negativen Ergebnis für die SBB führt. Die Digitalisierung ist nicht aufzuhalten. Einerseits ist das Bedürfnis der Bevölkerung da und andererseits werden die Zahlen immer schlechter. Wir haben das in keiner Weise mit Freude entgegengenommen und die SBB darauf angesprochen, wie das in Zukunft weiter funktionieren soll, auch mit den älteren Menschen, denn diese sind häufig auf diese Dienstleistung angewiesen. Wir wurden darauf hingewiesen, dass man diese Dienstleistung weiterhin in Liestal und Basel bekommt. Zugesichert wurde uns, dass die SBB Informationen und Hilfeleistungen geben wird, wie man mit der Bedienung auf dem Smartphone umgeht oder mit Hilfe eines Telefondienstes. Von der Gemeinde aus werden wir auf die entsprechenden Institutionen zugehen und informieren, an wen man sich für Informationen und Hilfeleistungen wenden kann. Angesprochen wurde auch, dass z. B. der Schalter in Muttenz oder in anderen Gemeinden noch in Betrieb ist. Uns wurde gesagt, dass Muttenz nur wegen einer vertraglichen Bindung noch aufrechterhalten wird, dies jedoch im Jahr 2020 aufgehoben und der Schalter geschlossen wird. Der Gemeinderat muss nun überlegen, wie wir mit der ganzen Problematik weiterfahren wollen. Die Frage 4 Wenn nein, warum nicht? habe ich also bereits beantwortet. Wir sehen, dass wir eine ganz klare Zentrumsfunktion bezüglich SBB-Linie haben. Wir sind ein Nadelöhr in dieser Region und wenn wir das schliessen, läuft dann wirklich nichts mehr und der Verkehr durch die Schweiz würde mehr als harzig gehen. Deshalb werden die Schalterschliessung nicht einfach so hinnehmen, müssen diese aber so zu Kenntnis nehmen. Wir werden jetzt aktiver das Gespräch auf höchster Ebene suchen. Es geht wirklich nicht, dass wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden und nichts mehr dazu sagen können. Die Leute, die uns die Information einfach nur überbrachten, hatten keine weitere Kompetenz etwas anderes machen zu können. Wir werden versuchen - im Zusammenhang mit Unter- und Überführungen, welche baufällig sind - das Gespräch zu suchen. Weiter werden die Erweiterung der Geleise, die Emissionen der Güterzüge usw. Themen sein. Wir wollen eine Perspektive und werden das Gespräch suchen. Wir sind gespannt, welchen Ansprechpartner wir schlussendlich bekommen, um eine verlässliche, klare Antwort und Strategie zu erhalten. Muttenz ist in derselben Situation, aber die Geleise sind dort an

einem ganz anderen Ort und deshalb nicht mit Pratteln zu vergleichen, wo sie mitten durch das Dorf gehen. Schon damals bei den Lärmschutzwänden gab es Schwierigkeiten und die SBB ist bei gewissen Massnahmen nur schwer eingelenkt. Das war nicht immer befriedigend. Wir schauen nun jedoch nach vorne und werden so auch unsere Strategie weiterfahren, denn das ist die Richtung, welche wir in Zukunft einschlagen wollen. Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Andreas Moldovanyi wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser einstimmig zu.

Andreas Moldovanyi (Interpellant): Wenn ich jetzt höre, dass die Gemeinde bereits im August informiert wurde, erschüttert mich das. Es wäre allenfalls dann schon möglich gewesen, auf höherer Ebene einzusteigen, zumal wir uns da auch schon um einen Schnellzughalt bemüht haben. Jetzt haben wir nur noch knapp vier Wochen Zeit, bis die Schliessung durchgeführt wird. Während den Feiertagen geht sicher nichts und ab dem 2. Januar 2019 ist dann der Schalter definitiv nicht mehr geöffnet, denn eine Schliessung rückgängig zu machen, ist erfahrungsgemäss immer sehr viel schwieriger, als eine zu verhindern. Solch eine Schliessung kommt für eine Gemeinde in der Grösse Prattelns einer Kastration gleich, was den Fern- und Nahverkehr anbelangt. Die Ausflucht, dass man ja nach Liestal gehen könnte, bedeutet gerade für betagte Menschen ein Riesenaufwand. Es ist jetzt schon nicht einfach, die Automaten zu bedienen. Ich hatte 20 Jahre lang ein Generalabonnement, doch muss jetzt Tickets für meine Fahrten nach Basel beziehen. Dabei stelle ich fest, dass es ganz anders ist bei einem Tram-Automaten ein Billett zu lösen als bei einem SBB-Automaten. Auch ist der Preis unterschiedlich. Bei der SBB ist das Billett teurer. Wann und wie versucht nun der Gemeinderat konkret Kontakt aufzunehmen?

GR Stefan Löw: Ich habe bei meinem Votum vorhin etwas ganz Wichtiges vergessen: Bei der Information wurden wir darauf hingewiesen, die Schweigepflicht einzuhalten. Wir durften nicht informieren. Die SBB hat uns damals wohl informiert, aber nicht für die Öffentlichkeit. Wir mussten dieser Bestimmung zustimmen und konnten nichts unternehmen. Auch innerhalb der Verwaltung konnten wir darum nicht weiter aktiv darauf eingehen. Die Frage von vorhin habe ich nicht recht verstanden. Kannst du sie bitte wiederholen? *(Die Frage wird ohne Mikrophon nochmals von Andreas Moldovanyi gestellt)*. Die Schliessung können wir nicht rückgängig machen und das war zum Zeitpunkt der Information im August 2018 schon klar. Die SBB hat die Aufgabe, wirtschaftlich zu handeln und in diesem Sinn haben sie beschlossen, den Schalter in Pratteln zu schliessen. Wir wurden einfach nur vor vollendete Tatsachen gestellt. Es war nicht so, dass wir noch darüber hätten diskutieren können. Was die SBB noch anbietet, können wir so machen, aber dass der Schalter wieder aufgeht, steht zum jetzigen Zeitpunkt nicht zur Diskussion. Das liegt nicht in unserem Ermessen, dies zu bewirken.

Petra Ramseier: Der Gemeinderat wird jetzt aktiv, indem er nochmals auf die SBB zugeht. Die Chancen, dass sich etwas bewegen wird sind jedoch wahrscheinlich nicht so hoch. Müssen wir die Bevölkerung mobilisieren, damit wir Gehör bekommen? Sieht der Gemeinderat noch andere Alternativen z. B. eine Zusammenarbeit mit der Kiosk AG (Schalterfunktion, Ticketausgabe, Gepäckaufgabe)? Gerade die Gepäckaufgabe habe ich sehr geschätzt. Jedes Mal, wenn wir in die Skiferien gefahren sind, war ich froh, das Gepäck in Pratteln aufgeben zu können und nicht alles nach Liestal oder Basel schleppen zu müssen. Gerade auch für Leute, die weniger tragen können, ist es ein riesiger Nachteil, wenn sie das Gepäck nicht mehr hier aufgeben können. Der Telefondienst, um die Tickets zu lösen, ist wahrscheinlich auch keine gute Lösung, besonders für Menschen, die technisch nicht so begabt sind. Ob das funktionieren wird, weiss ich nicht. Hat sich der Gemeinderat zu möglichen Alternativen Gedanken gemacht?

Eva Keller: Betreffend Gepäckaufgabe bitte ich den Gemeinderat wirklich darauf zu achten, dass es hier eine Lösung gibt. Was ich gehört habe, ist, dass die Aktivitäten betreffend Geldtransfer Western Union gestiegen sind. Das mit den Tickets ist ein bisschen fies von der SBB, weil das Schalterpersonal bei gewissen Arten von Tickets die Weisung hat, den Leuten zu sagen, dass sie diese am Automaten selber lösen sollen und sie aber gerne bereit wären, dies ihnen zu zeigen. Die Zählerei dieser Tickets ist also sehr speziell. Dann habe ich auch noch gehört, dass in nächster Zeit Automaten abgebaut werden. Ich bitte den Gemeinderat, dies bei der SBB anzupacken.

Franziska Senn: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat auch darüber diskutiert. Uns ist klar, dass acht Verkäufe pro Stunde, ob das nun stimmt oder nicht, wirtschaftlich nicht rentabel sind. Mit einem Brainstorming haben wir nach kreativen Lösungen gesucht. Wäre allenfalls ein Shop im Shop eine Möglichkeit, welcher von Seiten der Gemeinde angeboten wird? Ich sage das einfach mal so, ohne zu wissen, wie das gehandhabt werden soll und ob es möglich wäre, z. B. in der zukünftigen Bibliothek/Ludothek? So wie bei der Buchhandlung Bider und Tanner in Basel. Da werden in einer Ecke Tickets von der SBB verkauft, dann wäre das wieder wirtschaftlich und das Personal sitzt nicht einfach nur auf dem Stängeli, wenn nichts geht. Das wäre unsere Idee, ob es sich umsetzen lässt, kann die Gemeinde doch überprüfen.

Paul Dalcher: Die FDP-Fraktion hat eine andere Meinung. Wir sehen es so, dass wir im Prinzip mittel- bis langfristig den Goodwill der SBB brauchen. Die Schliessung des Billettschalters in Pratteln ist eine logische Konsequenz der Digitalisierung, aber nicht nur. Das Volumen an Billettkäufen ist markant zurückgegangen, das haben wir schon gehört. Nicht nur wegen den Bezügen an den Automaten, sondern weil schon ganz andere Erwerbsformen für Billetts vorhanden sind. Viele haben General- und Umweltabonnemente (GA/U-Abo) und wir haben auch die Möglichkeit, Tickets online zu beziehen. Das alles erspart uns den Gang in die Schalterhalle. Heute gibt es auch Artikel nicht mehr, welche man früher am Schalter kaufen musste, z. B. das Kursbuch. Verschiedene Sachen liegen heute digital vor. Auch ist das Bedürfnis nach Auskunft und Beratung spürbar zurückgegangen, da die Fahrgäste heutzutage aufgeklärter und informierter sind als noch vor Jahren. Wir sind für einen zeitgemässen Service Public der SBB und sind froh, dass die SBB unternehmerisch denkt. Wir sind überzeugt davon, dass die Verantwortlichen der Bahn diesen Schritt aufgrund der Zahlen und Fakten gut evaluiert haben und sicher keinen Schnellschuss machen. Der Strukturwandel ist da und die Billettschalter sind substituierbar geworden. Die Entwicklung und die Massnahmen, welche die SBB eingeleitet haben, kommen uns an anderer Stelle wieder zugute. Da wird Geld für Rollmaterial, Gleisbau, Strecken und Fahrplanoptimierungen freigesetzt. Gerade wir in Pratteln haben noch einiges mit der SBB zu besprechen, projektieren und realisieren. Wir brauchen den guten Willen der SBB und ich bitte den Rat, diesen nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Kurt Lanz: Ich sehe es nicht ganz gleich wie Paul Dalcher. Natürlich kann man sagen, dass wir den Goodwill brauchen, aber ich habe irgendwie das Gefühl, es ist zu viel des Guten. Wenn wir diesen Goodwill der SBB wollen, wir haben schon x-mal nach einem Schnellzughalt gefragt, dann ist dieser nicht wirklich da. Wenn man Freude daran hat, dass in Rollmaterial investiert wird usw. ist das schon toll. Aber dann will ich gern, dass das Rollmaterial auch hier anhält. Das geht offensichtlich nicht und darum habe ich keine Lust mehr, dauernd auf Goodwill zu machen im Zusammenhang mit den Aktionen der SBB. Mich würde z. B. interessieren: Hat diese Person, welche die Mitteilung überbracht hat, dem Gemeinderat auch gesagt, was alles geprüft wurde oder hat man nichts geprüft? Wenn ich mir darüber Gedanken mache, was vom Service Public verlangt wird, dann geht mir durch den Kopf, dass die Post sehr wohl irgendwelche Möglichkeiten gefunden hat. Hat die SBB geschaut, so wie es vorhin Petra Ramseier gesagt hat, ob man im Kiosk vielleicht jemanden beschäftigen kann, der zu 50 % beim Kiosk und zu 50 % bei der SBB angestellt ist und ob man dort einen Schalter einrichten könnte? Das wären Möglichkeiten, die vorhanden sind. Oder hat die SBB gar nichts gesagt, welche Gedan-

ken sie sich vorher dazu gemacht haben? Am Schluss ist dann meine Überlegung, wie viel Goodwill ich da noch entgegenbringen will.

GR Stefan Löw: Zum weiteren Vorgehen und Gesprächsaufnahme: Wir haben gemerkt, dass wir hier auf hoher Ebene versuchen müssen, das Gespräch aufzunehmen, denn sonst bekommen wir keine verlässlichen Antworten. Wir haben auch angesprochen, dass die Unterführung beim Bahnhof in einem sehr schlechten Zustand ist und wir erwarten, dass sie qualitativ auf einem guten Niveau ist. Das wurde aufgenommen. Die SBB lässt das prüfen. Konkrete Angaben wurden aber nicht gemacht und genau das ist das Problem, dass man niemanden erwischt, der uns verlässlich Auskunft gibt, was vollzogen wird. Ich habe nachgefragt, ob es denn mehr Automaten gibt, wenn sie den Schalter schliessen. Das wird nicht der Fall sein, aber sie werden wenigstens die vorhandenen Automaten aufrechterhalten. Die Digitalisierung läuft halt leider nicht auf den Automaten weiter, sondern wird auf anderen Wegen gesteigert und verbessert. Die SBB will speziell dieses Angebot pushen und weiter vorantreiben. Dementsprechend gibt es Hotlines. Allerdings muss man schauen, wie schnell man verbunden wird und in welche Warteschleife man kommt. Das gehört meiner Meinung nach auch wieder zum Service Public. Telefonieren können auch noch meine Grosseltern mit 85 Jahren. Sogar mein Schwiegervater kann die Nummer ins Handy tippen und bekommt dann eine Auskunft. Diese Hilfeleistung ist das Mindeste, wo sein muss, damit man weiter kommt. Das sind die Angebote, welche die SBB verstärken will. Den Schalter in einen Shop zu integrieren, ist durchaus auch eine Variante, welche wir noch diskutieren werden, ob es möglich ist. Eine 50 %-Stelle ist mit den Öffnungszeiten zu eingeschränkt. Ausserdem verursacht eine solche Stelle hohe Kosten. Wir haben alles aufgenommen und wollen weiter diskutieren. Das ist jetzt die Situation. Die SBB hat nicht nur zusätzlich begründet, sie hat es uns dargelegt und uns die Situation schriftlich mitgegeben, so wie der Ist-Zustand ist. Das ist natürlich nicht optimal.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion hat auch länger darüber diskutiert. Aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen haben wir Verständnis für das Vorgehen der SBB. Auf der anderen Seite sind wir überrascht, über die kurzfristige Mitteilung und Schliessung des Schalters. Wir sind von der SBB Stück weit enttäuscht, dass man so wenig Alternativen anbietet oder Ideen hat, wie bspw. den Schalter in einen Kiosk zu integrieren, oder das Angebot herunterzufahren. Zu überlegen wäre auch, dass man vielleicht nur an einem Tag pro Woche, stundenweise, zweimal am Tag oder zwei Tage in der Woche geöffnet hat oder alternierend einmal in Muttenz und einmal in Pratteln. Es gibt sicher noch andere Alternativen, welche vielleicht nicht ganz so günstig sind, wie ganz zu schliessen. Von dem her sind wir überrascht und enttäuscht, so wie auch ein grosser Teil der Bevölkerung, dass man so wenige Ideen hat und die SBB, Pratteln erneut vor den Kopf stösst.

Benedikt Schmidt: In der Zeitung konnte man lesen, dass das Personal nach Rheinfelden versetzt wird. Einmal mehr ist es so, dass im Kanton Aargau in Rheinfelden der Bahnhof offen bleibt, Rheinfelden weiterhin den Schnellzughalt hat und nur im Baselland abgebaut wird. Das ist ein wenig enttäuschend.

Andreas Moldovanyi: Ich wollte noch anfügen, dass es zwei Schalter hat, die über längere Strecken des Tages beide besetzt sind. Dennoch hat es immer wieder am Morgen und zu den Stosszeiten Warteschlangen, welche dazu führen können, dass man den Zug verpasst. Warum kann man nicht nur einen Schalter schliessen? Dann würden nicht beide Schalter wegfallen. Das wäre mal ein erster Schritt in Richtung gemeinsame Benutzung oder gemeinsames Personal für Kiosk und Bahnhof SBB, welche allenfalls sogar in einer Migros oder Coop integriert werden könnten.

Christoph Zwahlen: Ich muss jetzt trotzdem etwas sagen, denn ich arbeite ja für diese Firma. All diese Ideen, die hier gewälzt werden mit Drittverkauf, sind begraben. Wenn man das politisch verfolgt hat, dann läuft das am Bahnhof Muttenz nur noch weiter, weil irgendwer von Bundesbern interveniert hat und der SBB quasi verboten hat, den Schalter sofort aufzuheben. Die SBB wollte alle Drittverkaufsstellen schliessen, weil sie dort nämlich Provisionen verlieren. Alles was jetzt hierin gesagt wurde mit Kiosk, Coop, Gemeindeverwaltung und Ludothek, das macht die SBB nicht mit, da bin ich mir absolut sicher. Ich vermute, man kann da nichts machen. Wenn man eine Wirkung erzeugen will, muss diese von ganz oben in der Politik kommen. Die SBB muss quasi verpflichtet werden, dass sie eine gewisse Präsenz in Flächen aufrechterhalten muss und das nicht nur beim Zug. Wenn das nicht von ganz oben kommt, dann passiert gar nichts.

Die dringliche Interpellation Nr. 3138 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3142

Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Asylzentrum in Pratteln“

Aktenhinweis

- Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, vom 20. November 2018

GP Stephan Burgunder: Der zuständige Gemeinderat Emanuel Trueb war nicht bei allen Gespräche involviert und deshalb werde ich die Beantwortung von diesen Fragen übernehmen. Er wird mich aber allenfalls ergänzen. Ich bedaure, dass gewisse Informationen über laufende Geschäfte und Verhandlungen via Medien publik gemacht werden. Dies ist sachpolitisch nicht förderlich, zumal auch nicht immer alles ganz stimmt, was in den Medien geschrieben wird (die Anwesende Journalisten ausgenommen). Grundsätzlich ist es heute zu früh, irgendwelche Fragen bezüglich Bundesasylzentrum zu beantworten, weil schlicht noch viel zu viel unklar ist. Dennoch werde ich versuchen, die Fragen zu beantworten. Frage 1: Wurde der Gemeinderat über die Pläne des Kantons und des Bundes in Pratteln informiert? Ja, der zuständige Gemeinderat Emanuel Trueb und ich wurden im August über einen möglichen Standort für ein Bundesasylzentrum ohne Verfahrensfunktion in Pratteln informiert. Der Gesamtgemeinderat hat darauf an zwei Sitzungen das Geschäft eingehend beraten und folgendes festgestellt, dass die Nutzung am vorgesehenen Standort nicht zonenkonform ist und dass das Bundesasylzentrum raumplanerisch und optisch, also vom Bau her, nicht an den vorgesehenen Standort passt. Gleichzeitig haben wir andere Standorte diskutiert, jedoch keinen geeigneten gefunden. Insbesondere haben wir den Standort Salina Raurica ausgeschlossen, weil ein Bundesasylzentrum der geplanten Entwicklung nicht förderlich wäre. Diesen Entscheid haben wir dem Kanton so schriftlich mitgeteilt. Frage 2: Ist dem Gemeinderat der geplante Standort in Pratteln bekannt? Ja, der Gemeinderat hat intensiv über diesen konkreten Standort diskutiert. Frage 3: Falls ja, wo soll das Zentrum erstellt werden? Zum Schutze aller Beteiligten und mit dem Hinweis auf die immer noch laufenden Verhandlungen werden wir das zur Diskussion stehende Grundstück nicht bekannt geben. Auch zu Spekulationen werden wir uns in Absprache mit Bund und Kanton nicht äussern.

Frage 4: Lehnt der Gemeinderat ein Asyl-Ausreisezentrum in Pratteln auch ab? Da muss ich etwas ausholen und erklären, um was es eigentlich geht: Etwa 60 Prozent aller Asylgesuche sollen künftig innerhalb von 140 Tagen rechtskräftig entschieden werden und abgewiesene Asylsuchende direkt zurückgeführt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden gesamtschweizerisch 5'000 Unterbringungsplätze in Bundesasylzentren (BAZ) benötigt. In der Asylregion Nordwestschweiz (Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Solothurn und Aargau) ist dazu ein Bundesasylzentrum mit Verfahrensfunktion (BAZmV) und zwei

Bundesasylzentren ohne Verfahrensfunktion (BAZoV) geplant. In einem BAZmV sind die Asylsuchenden nach der Ankunft in der Schweiz untergebracht, das Verfahren wird dort durchgeführt. Im BAZoV werden Asylsuchende untergebracht, wenn sie sich nicht mehr für Termine mit den Behörden zur Verfügung halten müssen. Das BAZmV mit 350 Unterbringungsplätzen wird in Basel an der Freiburgerstrasse betrieben werden. Ein BAZoV mit 250 Unterbringungsplätzen ist in Flumenthal im Kanton Solothurn geplant. Ein Standort für ein zweites BAZoV mit 240 Unterbringungsplätzen wird gesucht. In einem BAZoV sind folgende Personengruppen untergebracht: Alleinreisende Männer, alleinreisende Frauen, Familien und unbegleitete Minderjährige. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt in der Regel 30 bis 40 Tage. Die maximale Aufenthaltsdauer wird 140 Tage betragen. Sollte das Verfahren länger dauern, müssen die Asylsuchenden von Gesetzes wegen einem Kanton zur weiteren Unterbringung zugewiesen werden. In einem BAZoV halten sich überwiegend Personen im laufenden Asylverfahren auf. Namentlich warten rund 74 % der Asylsuchenden auf einen Asylentscheid. Rund 18 % der Asylsuchenden befinden sich in der Beschwerdephase. Lediglich etwa 8 % der Asylsuchenden verfügen über ein abgelehntes Asylgesuch. Somit sind nur diese unmittelbar von der Ausreise betroffen, es ist handelt sich dabei nicht um ein Asyl-Ausreisezentrum.

Frage 5: Was wird der Gemeinderat unternehmen, um ein Asyl-Ausreisezentrum zu verhindern? Als erstes müssen wir uns ein vollumfängliches Gesamtbild verschaffen und sämtliche Vor- und Nachteile abwägen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass wir durchaus gezwungen werden können. Aufgrund der sehr konstruktiven Gespräche gehe ich überhaupt nicht davon aus, dass dies gegen den Willen der Gemeinde geschehen wird. Es gibt durchaus positive Argumente, welche für ein solches Bundesasylzentrum in Pratteln sprechen; denn die finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinde Pratteln sind nicht unwesentlich. Gemäss der aktuell gültigen Aufnahmeverpflichtung von 1 % der Wohnbevölkerung müsste Pratteln 167 Personen aus dem Asylbereich aufnehmen, aktuell sind es 89. Der Kanton würde die Gemeinde Pratteln während der ganzen Betriebsdauer (20 bis 25 Jahre) des Bundesasylzentrum von der Zuweisung von neuen Asylsuchenden entlasten. Angerechnet wird die Kapazität von 250 Plätzen, unabhängig von der aktuellen Belegung. Also bis zu einer Anzahl von 25'000 Einwohner müssten wir keine Asylsuchenden mehr aufnehmen. Dies würde zu einer Entlastung der Schule und des Sozialdienstes führen. Ohne neue Asylsuchende kann man auch davon ausgehen, dass weniger Sozialhilfeausgaben bei der Gemeinde anfallen. Bei einer Sozialhilfequote von 70 % ist eine Einsparung von 1 bis 2 Millionen pro Jahr möglich. Zum Gesamtbild das sich der Gemeinderat verschaffen muss, gehört nebst der Verifikation allfälliger Zahlen auch, dass man alle Bedenken und Vorbehalte des Gemeinderates und von der Bevölkerung ausräumen muss. Vorbehalte haben wir bspw. bezüglich Sicherheit; Sicherheit unserer Läden bspw. gegen Diebstahl, aber auch Sicherheit unserer Bevölkerung im Allgemeinen. Auch bezüglich raumplanerischer und architektonischer Einbettung des Gebäudes in unsere Gemeinde haben wir Bedenken. Diesbezüglich würden wir eine passende, diskrete und moderne Architektur fordern. Es sollen keinesfalls „Barracken“ mit Maschendraht-Zaun entstehen. Im Gegenteil – wenn, dann muss das Gebäude zur Aufwertung unserer Gemeinde beitragen. Darum und mit all diesen offenen Fragen, welche wir noch nicht beantworten und abschliessend beurteilen können, überwiegen zum heutigen Zeitpunkt die Vorbehalte und wir haben diese so entsprechend dem Kanton und Bund mitgeteilt.

Andreas Seiler wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser einstimmig zu.

Andreas Seiler: Ich halte zuerst fest, dass wir mit dieser Interpellation in keiner Weise irgendeine Polemik gegen Asylsuchende, das Asylwesen oder irgendwelche Personen, die beim Bund arbeiten, lostreten wollten. Wir wollten eine seriöse Diskussion über die Standortsuche und explizit über den Standort in Pratteln führen. Ich möchte die Frage in den Raum werfen, ob Pratteln, wo ja schon fast den höchsten Ausländeranteil und eine sehr hohe Sozialhilfequote hat, jetzt auch noch solch ein Zentrum haben muss. Ich dan-

ke dem Gemeinderat für die ausführlichen Antworten und habe nichts weiter hinzuzufügen.

Die dringliche Interpellation Nr. 3142 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3118

Reglement über die Zusatzbeiträge nach dem Ergänzungsleistungsgesetz (EL-Zusatzbeiträgereglement) – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 25. September 2018
- Vorlage für die 2. Lesung vom 9. November 2018

Auf dem Referentenplatz nimmt Platz: Corinne Graf, Leiterin Abteilung Gesundheit/Soziales

Direktberatung

GR Emanuel Trueb: Aufgrund der letzten Debatte ist mir klar geworden, dass eine ernstzunehmende Sorge um betagten Leute vorhanden ist, damit diese auch im hohen Alter in Pratteln bleiben können und unter keinen Umständen aus Pratteln verwiesen würden. Das wurde mit einem Leserbrief noch unterstrichen. Ich nehme das sehr ernst und zwar aus einem einfachen Grund: Wir reden zuerst von der Versorgungsregion, welche wir zusammen mit Augst und Giebenach bilden. In dieser Versorgungsregion gibt es nicht viele Alternativen, auch nicht mit unseren drei Häusern in Pratteln. Also liegt es auf der Hand, dass wenn jemand in ein Alters- und Pflegeheim kommt, dass es zuerst in Pratteln erfolgen wird. Das steht ausser Diskussion. Es wird auch in Zukunft so sein. Wenn der Wunsch besteht in Pratteln in einem Alters- und Pflegeheim untergebracht zu werden, dieser Wunsch unter keinen Umständen abgeschlagen wird. Die Voraussetzung dafür ist, dass wir mit den hier ansässigen Häusern die entsprechenden Verhandlungen führen konnten und sie in Bezug auf die Hotellerie und Heimkosten Preise anbieten werden, welche wir im Rahmen der Ergänzungsleistungen auch zahlen können. Es sieht danach aus, dass es unter diesen Voraussetzungen möglich und sichergestellt ist, dass die Bevölkerung von Pratteln im hohen Alter auf jeden Fall hierbleiben kann. Es kann aber durchaus sein, dass nicht in Pratteln wohnhafte Angehörige den expliziten Wunsch äussern, ihre pflegebedürftigen Angehörigen in ihrer Nähe zu haben. Bspw. jemand wohnt im oberen Baselbiet und hat den Wunsch, dass die betagten Eltern in der Nähe wohnen können, dann ist das grundsätzlich möglich, sofern sich das in diesem Kostenrahmen bewegt, über welchen wir jetzt diskutieren. Ich bin aber sehr zuversichtlich und habe keine Bedenken, dass wir irgendjemanden gegen seinen Willen von Pratteln wegweisen müssten. Das ist meine feste Überzeugung und solange ich dafür verantwortlich bin, werde ich mich selbstverständlich auch dafür einsetzen. Gesetzten Fall, der Rat ist der Auffassung, wir müssten das noch irgendwo verbriefen, habe ich nichts dagegen einzuwenden. Auf der anderen Seite gebe ich zu bedenken, falls wir als Region nochmals wachsen würden, was durchaus denkbar wäre und uns mit Birsfelden oder Muttenz als Versorgungsregion zusammentun, dann wäre das wieder ein Moment, um darüber zu diskutieren, sofern das tatsächlich ein Thema ist. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass dies nie ein Thema sein wird.

2. Lesung

- § 1 **Regelungsbereich**
- § 2 **Geltungsbereich**
- § 3 **Zuständigkeit**

Keine Wortmeldungen

- § 4 **Begrenzung**

Mauro Pavan: Ich danke GR Emanuel Trueb für seine Ausführungen und auch die nachgelieferten Zahlen und Erläuterungen. Das hat die ganze Sache viel klarer gemacht. Ich kenne die Leidenschaft von GR Emanuel Trueb und glaube ihm gerne, solange er dafür verantwortlich ist, dass das sicher auch nicht passieren wird. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es irgendwo festgeschrieben werden soll. Ich habe mir dafür einen neuen Änderungsantrag für diesen Paragraphen 4 überlegt, welcher dann auch völlig im Sinne wäre und es ja nichts dagegen spricht, diesen festzuhalten. Neu gäbe es einen Absatz 3: *„Der Gemeinderat stellt - nötigenfalls in Abweichung von Absatz 2 - sicher, dass keine Person aus finanziellen Gründen gezwungen ist, in ein Heim in einer anderen Gemeinde einzutreten, wenn es ihr Wunsch ist, in Pratteln zu bleiben.“* Ich bitte den Rat, diesen Antrag so zu unterstützen, ist er doch völlig im Sinne des Gemeinderates.

Antrag Mauro Pavan

GR Emanuel Trueb: Mit dieser Ergänzung können wir sehr gut umgehen, das ist kein Problem. Es ist ganz wichtig, dass hier der finanzielle Aspekt ganz zentral ist. Im Moment ist es so, dass die von uns geführten Verhandlungen dies durchaus so zulassen.

Christine Weiss: Ich bin gleicher Meinung wie Mauro Pavan, dass wir diesen Zusatz brauchen. Genau wie GR Emanuel Trueb gesagt hat, kann es sein, dass in Zukunft die Versorgungsregion sehr viel grösser sein wird, dass vielleicht Muttenz und Füllinsdorf noch dazugehören und dann sieht es ganz anders aus. Wenn ich in ein Pflege- oder Altersheim komme, dann ist niemand vom heutigen Gemeinderat mehr da wo sagt, dass man sicher nicht von Pratteln weg muss. Ich möchte diesen Zusatz drin haben, damit das Reglement auch in 20 Jahren noch seine Gültigkeit hat.

Fredi Wiesner: GR Emanuel Trueb hat es in der Einleitung erwähnt. Wenn die Region grösser bzw. erweitert wird, kann man die Sachen immer noch anpassen, denn dann müsste das Reglement ja sowieso geändert werden. Die Vorrednerin hat erwähnt, dass es in Zukunft und falls die Region vergrössert wird, immer noch ein Versprechen sein soll, auch wenn der jetzige Gemeinderat nicht mehr da ist. Wenn ich es richtig verstanden habe, gibt es eine Änderung, wenn zusätzliche Gemeinden dazukommen. Das Reglement muss sowieso wieder anpasst werden. Dann könnte man zu gegebener Zeit eigentlich auch das anpassen oder eventuell noch reinnehmen, was jetzt vorgesehen ist.

Walter Keller: Die FDP-Fraktion stimmt der 2. Lesung zum Reglement über die Zusatzbeiträge nach dem Ergänzungsleistungsgesetz zu. Wir sind der gleichen Meinung wie Mauro Pavan und stimmen dem neuen Absatz 3 ebenfalls zu.

Emil Job: Ich gebe zu bedenken, dass im Reglement, welches wir jetzt verabschieden, immer nur von der Versorgungsregion die Rede ist, d. h. wenn die Region grösser wird, müssen wir daran ja gar nichts ändern. Darum müssen wir es jetzt so fest machen, dass es später auch gut ist.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und es folgt die Abstimmung zum Antrag von Mauro Pavan.

Auf Antrag der SP-Fraktion, Mauro Pavan, beschliesst der Rat mit 24 Ja zu 4 Nein bei 5 Enthaltungen:

://: § 4 Abs. 3 (neu): Der Gemeinderat stellt – nötigenfalls in Abweichung von Abs. 2 – sicher, dass keine Person aus finanziellen Gründen gezwungen ist, in ein Heim in eine andere Gemeinde einzutreten, wenn es ihr Wunsch ist, in Pratteln zu bleiben.

Die 2. Lesung wird fortgesetzt.

- § 5 Rückzahlbarkeit
- § 6 Übergangsregelung
- § 7 Rechtsmittel
- § 8 Vollzug
- § 9 Inkrafttreten

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Schlussabstimmung.

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung:

://: Das Reglement über die Zusatzbeiträge nach dem Ergänzungsleistungsgesetz (EL- Zusatzbeiträgereglement) wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 31. Dezember 2018.

Geschäft Nr. 3125

Teilrevision Polizeireglement (PoIR) – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 2. Oktober 2018
- Beilage (Plakatierungsverordnung) für die 2. Lesung

Direktberatung

GR Urs Hess: Der Rat hat die Verordnung zur Ansicht bekommen. Es ist schon schwierig, wenn man nur einen einzigen Paragraphen im Reglement ändern muss und dabei nicht sieht, um was es geht. An der letzten Einwohnerratssitzung habe ich alles mündlich ausgeführt und dieses Mal liegt es nun schriftlich vor. Beim letzten Mal gab es Diskussionen, dass es viel mehr eingeschränkt wird. Das Gegenteil ist aber der Fall. Bis jetzt waren die Einschränkungen viel massiver. Jetzt ist es klarer und sauber sichtbar, vor allem in denen Gebieten, wo man nach übergeordnetem Recht nicht plakatiert darf. Beim Polizeigesetz kann der Rat Veränderungen vornehmen, bei der Plakatierungsverordnung nur Wünsche anbringen, die der Gemeinderat dann behandelt. Ich bitte den Rat, dieser Gesetzesänderung so zuzustimmen.

Thomas Sollberger: Nachdem wir den Entwurf für die entsprechende Verordnung bekommen haben, konnten wir sehen, wie die Katze im Sack aussieht, welche wir kaufen sollen. Die FDP-Fraktion kam darum mehrheitlich zur Überzeugung, der Änderung des Polizeireglements grundsätzlich zuzustimmen. Ein persönliches Anliegen: Ich schlage vor, im Reglement und der Verordnung den Begriff „Bewilligung“ durch „Anmeldung“ zu ersetzen. Sofern man sich ordnungskonform verhält, d. h. die Grösse, Anzahl und Standard der Plakate stimmen, ist eine Verweigerung einer Bewilligung gar nicht möglich. Die Verwaltung muss einfach nur wissen, was sie wo und wann kontrollieren kann und das ist mit einer Anmeldung sichergestellt. *Antrag Thomas Sollberger*

Christine Weiss: Wir haben vorhin gehört, dass es keine Einschränkung ist, sondern eher eine Ausweitung. Als Verantwortliche der SP zum Aufhängen der Plakate, ist mir etwas sofort aufgefallen. Beim § 3 Grundsatz steht, dass das Aufhängen an Bäumen verboten ist. Viele politische und kulturelle Plakate werden an Bäumen in der Allmend angebracht. Man sieht es gerade jetzt bei der Tramendstation oder vor dem Coop. Von verschiedenen Parteien wird dies genutzt sowie von Kulturveranstaltungen. Wenn in Zukunft nicht mehr an Bäumen aufgehängt werden darf, sollte das deutlicher festgelegt werden. Wenn es im Dreieck um den Baum herum gestellt ist, ist es dann auch „am“ Baum (bspw. beim Schmittiplatz)? Ist es nur verboten, das Plakat anzunageln oder ist mit Kabelbinder befestigen, schon nicht mehr erlaubt? Was genau würde das bedeuten? Könnte man das noch präzisieren?

GR Urs Hess: Wenn man die Plakate um den Baum herum stellt, dann ist das nicht am Baum. Aber direkt ein Plakat an die Bäume zu befestigen, konnte man schon jetzt nicht. Das ist ein Problem. Diejenigen, welche es sauber anbringen, würde man fast schon bestrafen. Andere nehmen den Hammer und Nagel und dann nimmt der Baum Schaden. Darum haben wir die Formulierung so gewählt. Um den Baum herum ist in Ordnung. Was wir aber auch festgestellt haben, dass Plakate, die ganz eng um den Baum herum gestellt sind, auch den Baum schädigen können. Deshalb wollen wir keine Plakate an den Bäumen. Es geht nicht darum, die Plakate komplett zu verbieten. Ich bitte den Rat, den Antrag von Thomas Sollberger, die Bewilligung durch Anmeldung zu ersetzen, abzulehnen. Nur eine Anmeldung gibt uns keine Handhabe um irgendjemanden wegzuweisen. Der andere hat dann auch keine Rechtssicherheit, weil er keine Rechtsmittelbelehrung erhält. Man kann sich dann auch nicht wehren, wenn wir das Plakat wegnehmen würden. Eine Anmeldung ist sicher der falsche Weg, es braucht eine Bewilligung. Das ist eine formlose Angelegenheit, welche sehr schnell funktioniert und über unsere Gemeindepolizei abgewickelt wird. Lasst es so stehen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag von Thomas Sollberger.

://: Der Antrag der FDP-Fraktion, Thomas Sollberger, bei § 22 Abs. 1 das Wort Bewilligung mit dem Wort Anmeldung zu ersetzen, wird mit 22 Nein zu 7 Ja bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Christoph Pfirter: Ich danke dem Gemeinderat, dass wir die Verordnung erhalten haben. Wenn wir bei der 1. Lesung wirklich darüber abgestimmt hätten, wüssten wir jetzt nicht, über was wir eigentlich abstimmen. Ich unterschreibe auch keinen Vertrag, wenn ich nicht weiss, was ich unterschreibe. Wir wollen gerne etwas dazu sagen, ansonsten können wir in Zukunft auch nicht mehr abstimmen. Besten Dank also für die Informationen. Sehr interessant und positiv ist Artikel 11: „Die beworbene Veranstaltung muss in Pratteln oder in einer angrenzenden Gemeinde stattfinden.“ Das ist etwas sehr positives für eine gute Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Diese werden sicher Freude

an diesem Artikel haben. Auch wir werden sicher einmal einen Verein in Pratteln haben, welcher froh ist, wenn er in Muttenz, Augst oder Frenkendorf ein Plakat aufhängen darf.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist immer noch gegen dieses Reglement. Wenn ich es richtig verstanden habe, braucht politische Werbung keine Bewilligung, auch wenn es im Reglement so nicht erwähnt ist. Habe ich das richtig verstanden, dass man Plakate mit Kabelbinder satt an Bäumen festmachen darf? Was macht ihr mit all den ausserkantonalen Plakaten, welche trotzdem aufgehängt werden? Wird das jetzt alles abgehängt? Das wäre ja toll, gäbe aber grosse Arbeit. Können wir uns das überhaupt leisten? Wird jetzt auch kontrolliert, ob ein Name darunter steht oder nicht? Das war bisher nur in beschränktem Mass oder gar nicht vorhanden. Wird das Ganze überhaupt so umgesetzt, wie es geplant ist?

GR Urs Hess: Liebe Petra, wenn wir ein Reglement machen und dies nicht umsetzen wollen, dann müssen wir keines machen. Das ist ganz sicher, dass es so umgesetzt wird und was nicht reglementkonform ist, wird selbstverständlich abgehängt und die Leute verzeigt. Vor dem Bussenausschuss stehen immer wieder „Plakataufhänger“. Meistens sind es Profis, die denken, dass sie in Pratteln doch noch eines aufhängen könnten. Im Polizeireglement steht jetzt ganz klar: „*Mit Ausnahme der politischen Information bedarf sämtliche Plakatierung einer Bewilligung.*“ Die politischen Anliegen kann man weiterhin bringen, so wie wir es bis jetzt gewohnt sind und uns auch in der Öffentlichkeit präsentieren. Das ist selbstverständlich, dass es so offen bleibt wie es jetzt ist. Das steht im Polizeireglement im § 22.

Andreas Seiler: Meine persönliche Meinung zu dieser Vorlage: Wie Thomas Sollberger vorhin schon bemerkt hat, sind nicht alle in der FDP-Fraktion der gleichen Meinung. Ich erinnere mich, dass wir vor einiger Zeit einmal eine Sitzung mit dem Gemeinderat, den Fraktionen und Parteipräsidien hatten. Damals waren Ruedi Brassel als Gemeinderat und Urs Hess als Fraktionsvertreter der SVP mit dabei. Ruedi Brassel wollte die Plakatierung einschränken und wir haben ihn an dieser Sitzung gestoppt. Er hat es dann nie vorgebracht. Jetzt stelle ich fest, dass GR Urs Hess selber so etwas bringt. Es ist gut, dass uns jetzt diese Verordnung gezeigt wurde, weil in der eigentlichen Einwohnerratsvorlage in den Begründungen relativ wenig drin steht, was überhaupt die Motive sind, um was es geht und was geregelt werden soll. Diese Reglementsänderung ist eigentlich ein Blankocheck an den Gemeinderat, dass er alles oder nichts regeln kann, so wie er gerade will. Die Sachen mit der Verkehrssicherheit sind alle schon geregelt. Auf dem Merkblatt der Kantonspolizei steht genau beschrieben, welche Abstände wo eingehalten werden müssen. Wenn man das durchsetzt, sollte es auch keine Reklamationen geben. Denen die reklamieren, kann man dieses Blatt zeigen. Soweit ich informiert bin, ist es zum Teil vorgekommen, dass auch korrekt aufgehängte Plakate wieder abgehängt wurden. Das hat dann die schlechte Akzeptanz gegeben. Obwohl die Verordnung für den Einwohnerrat nicht stufengerecht ist, bin ich der Meinung, dass wir jetzt sagen können, wohin es gehen soll. Wir sollten auch mehr im Reglement ändern oder es bleiben lassen. Im § 2 steht bspw., dass es sinngemäss auch für den privaten Grund gilt. Also kann man dann nicht mehr einfach ein Wahlplakat aufstellen, wie man möchte. Die Bäume wurden vorhin bereits erwähnt, das will ich nicht nochmals wiederholen. Bei den Wahlplakaten hat man es auf eine Grösse von F4 (Weltformat) begrenzt. Von mir aus gesehen, ist das eine unnötige Einschränkung. Lassen wir die politische Werbung und gehen zur Bevölkerung und Kultur. Dort hat es mit den Kulturstelen bisher funktioniert, ohne dass diese in der Verordnung erwähnt sind. Bei den kommerziellen Plakaten stellt sich die Frage, ob man diese überhaupt im öffentlichen Raum will. Es gibt auch private Möglichkeiten. So wie es jetzt geregelt ist, frage ich mich schon, was das bringt. Wenn man es nur in der Nähe der Firma aufstellen kann, kann man es gleich an die eigene Firmenwand hängen. Interessant wäre es doch, wenn man z. B. für einen Tag der offenen Türe irgendwo im Dorf, wo viele Leute sind, Werbung machen könnte. Vier Tage sind eine kurze Zeit. Wenn ich so etwas machen will, dann würde ich gerne eine Woche vorher schon ausschildern. Das sind alles Fragen, die ich mir stelle. Irgendwie habe ich das Gefühl, dass

alles eher eine Einschränkung statt einer Öffnung ist. Es ist nicht ganz ausgegoren. Von mir aus gesehen, sollten wir lieber zur alten Lösung zurück und die Reglementsänderung ablehnen.

GR Urs Hess: Geschätzter Andreas, das ist eine Verbesserung gegenüber dem, was wir bisher hatten. Es ist eine Ausweitung. Christoph Pfirter hat es vorhin erwähnt. Auch von umliegenden Gemeinden kann man hier etwas aufhängen. Für die Kulturplakatierung gibt es sogar eine Öffnung. Vorher gab es nur die Stelen. Jetzt darf man die Kulturstelen weiterhin nutzen und vermehrt Plakate aufhängen, wo sie bis jetzt nur geduldet waren. Von dem her ist es eine Öffnung und darum eine Liberalisierung. Wir wollen aber nicht, dass jeder aufhängt, wo er will. Das wäre dann zu viel. Wir fangen mit diesem Teil mal an und wenn es sich bewährt, kann man mit einem nächsten Schritt das Ganze ausweiten und falls es nicht funktioniert, wieder mehr einschränken. Das Merkblatt sollten alle Parteien und Plakatierer kennen und wissen. Aber nicht alle wissen es und dann kommen die Plakate dort weg, wo sie nicht hängen dürfen. Wir haben vor, an gewissen Punkten gemäss Merkblatt Kleber anzubringen, so dass man sieht, hier darf nichts aufgehängt werden. Dann ist es für alle klar. Nachher weiss jeder, hier darf ich nichts hängen und wenn dann doch ein Plakat hängt, ist jeder selber schuld, wenn wir es wieder wegnehmen. Wir wollen keine riesige Veranstaltung machen, sondern dass es effektiv liberaler wird und dass man mehr Plakate aufhängen kann. Aber es macht keinen Sinn, wenn wir es ganz öffnen und jeder alles machen darf. Die Plakatierungen von Firmenanlässen, Tag der offenen Tür oder sonst irgendwas, wurden bis anhin ohne Bewilligung einfach hingestellt. Die Überlegung ist nun, dass sie das in Zukunft machen dürfen. Firmen, welche nicht gerade an einer Hauptstrasse liegen, dürfen das Plakat dann an einer Achse hinstellen und das vier Tage vor dem Anlass. Wenn man also am Samstag eine Veranstaltung hat, darf man ab Mittwoch das Plakat aufhängen. Es soll aber nicht alles zugesperrt werden. Lieber eine sanfte Öffnung und schauen, wie es funktioniert und dann kann man noch ein paar Änderungen anbringen.

Patrick Weisskopf: Wir haben eine Begrenzung beim Strassenraum: Es soll bis 30 cm vom Fahrbahnrand entfernt und mindestens 2,5 m über dem Boden sein. Da stellt sich mir die Frage, wie das bei den Kompetenzstreifen aussieht, die eine Prattler Spezialität ist. Da wir die Bäume nicht mehr benutzen dürfen, sind wir nun auf die Kandelaber angewiesen. Ist der Kompetenzstreifen ein Teil des Fahrbahnrandes? Für mich gehört er zur Fahrbahn, weil ja eigentlich darauf parkiert wird. Ein grösseres Auto von 2,5 m, kommt dann relativ schnell in den Sichtbereich hinein. Daher gehe ich davon aus, dass man auf dem Kompetenzstreifen nicht plakatieren darf, weil er automatisch in den Fahrbahnrand hineinkommt. Das ist meine Interpretation. Das zweite ist ein subjektives Empfinden und zwar müssen wir uns da fragen, ob wir Parteien uns nicht treffen wollen, um ein Gentlemen's agreement zu definieren, was für uns ein Ort- und Landschaftsbild ist. Es steht hier, die Verkehrssicherheit darf nicht gefährdet werden und da hat Andreas Seiler sehr gut auf das Richtlinien-Merkblatt der Kantonspolizei hingewiesen. Wenn man diesem folgt, ist man auf der sicheren Seite. Vorher wurde der Schmittplatz erwähnt. Wenn ich nun eine Person wäre, die sich an politischer Werbung mit diesen vielen blöden Köpfen stören würde, die überall x-fach herumhängen, dann würde mich das wirklich stören. Die Werbung verunstaltet ja das Landschaftsbild des schönen Schmittplatzes und des Dorfkerns. Dementsprechend müsste man im alten Dorfgebiet resp. dort wo es einigermaßen schön ist, also auch um das Schloss herum oder beim Joerinpark, das alles verbieten oder nicht gestatten. Das deutet darauf hin, dass die Parteien ein Gentlemen's agreement finden müssen, um zu sagen, wo sie plakatieren wollen oder nicht. Ansonsten würde das die Gemeindeverwaltung auslegen. Ich weiss nicht, wie der Rat das sieht, aber es gibt dann nur noch wenige Stellen, wenn man die ganzen Kompetenzstreifen weglässt und schaut, wo die Kandelaber stehen. Es gibt noch Zäune, aber dort darf man auch nicht plakatieren, also geht man dem Tram entlang. Es wird immer weniger und weniger. Von dem her kann ich das nicht liberal auslegen, sondern es ist für mich sehr einschränkend. Allerdings hat es mir heute schon zu viel Werbung und von daher muss ich es begrüssen.

Benedikt Schmidt: Es geht um die Frage, ob es einfacher oder komplizierter wird. Meine Einschätzung ist sehr ähnlich, wie diejenige von Andreas Seiler. Es wird einiges reglementiert, was gar nicht reglementiert werden müsste. Es ist z. B. so, dass die Polizei die Erlaubnis hat, Plakate einfach unangemeldet abzuräumen und dafür eine Rechnung zu schicken. Das darf sie unter anderem auch auf privaten Grund machen. Wenn ich auf meinem privaten Grund und Boden ein Plakat grösser als Weltformat aufhängen will, dann darf die Polizei dies abräumen. Ich finde, das geht überhaupt nicht. Dann hat es noch die Paragraphen drin mit dem Ortsbild und Landschaftsbild. Dazu muss ich sagen, dass man gemäss dieser Aussage jedes Plakat abräumen könnte. Das ist viel zu schwammig formuliert. Auch die Geschichte mit den Bäumen: Es steht drin, man darf nicht an Bäumen aufhängen. Mündlich wurde aber bestätigt, dass man Plakate rings um den Baum herum doch hinstellen darf. Ich garantiere euch, spätestens bei den Landratswahlen gibt es ein totales Chaos um diese Bäume herum. Die Polizei wird kommen, hängt die Plakate ab und wir hängen sie wieder auf. Es wird hierin zu viel reglementiert. Von mir aus gesehen, braucht es das nicht.

Christine Weiss: Ich schliesse mich meinem Vorredner an. Vor allem dass man auf privatem Grund nichts mehr aufstellen darf, finde ich ein rechter Eingriff in mein privates Umfeld oder Besitz. Wieso darf ich in meinem Garten an meinem Kirschbaum oder an mein Garagentor kein Plakat aufhängen? Wer bestimmt, dass dieses Plakat weg muss? Nimmt man es dann einfach weg, indem man mein Grundstück betritt? Ganz klar ist, dass man nichts auf privatem Grund aufhängen darf, was störend, belästigend oder obszön wäre. Aber eine politische Botschaft oder kulturelle Veranstaltung anzupreisen, müsste doch ohne Einschränkung möglich sein.

GR Urs Hess: Ich glaube, der Rat sieht hier die Bäume in den Himmel wachsen, wo es gar keine hat. Es ist sicher nicht die Meinung, dass wir etwas weiter einschränken. Nein, überhaupt nicht, sondern es soll klar sein. Zum Ortsbild: Es kann doch nicht sein, dass man beim Schloss ein Plakat aufstellt. Das haben wir bisher auch nicht gemacht. Patrick Weisskopf hat etwas von Gentlemen's agreement erzählt. Wenn wir das unter den Prattler Parteien abmachen, dann ist das so. Aber es hängen ja nicht nur Ortsparteien in Pratteln Plakate auf, auch kantonale Parteien usw. plakatieren bei uns. Für diese muss es doch auch klar sein. In der Verordnung steht überhaupt nichts drin, dass man auf privatem Grund nichts aufhängen darf und wurde auch nie so überlegt. Ich selber hänge immer an meinem Garagentor Wahlplakate hin, das ist gar nicht das Problem. Es steht nicht, dass das verboten ist. Eigentlich ist alles klar und offen. Wenn man jetzt schon ein Wahlplakat an den Gartenhag hängen will, ist das einfach zu früh. Für die Landratswahlen ist es sechs Wochen vorher möglich, aber nicht acht oder zehn Wochen. Das ist eigentlich das, was in der Verordnung steht. Ich bin überzeugt, dass so wie es jetzt drin geregelt ist, gibt es eine Öffnung und klare Verhältnisse. Das wollen wir so und nicht dass die Gemeindepolizei Plakate abhängen muss. Darum wollen wir das unbedingt noch vor den Wahlen klar regeln. Bei einer Wahl gab es deswegen Probleme und alle waren ungehalten. Das wollen wir nicht mehr, sondern klare Verhältnisse und mit dem haben wir sie auch geschaffen.

Mauro Pavan: Diese Verordnung ist ein Entwurf und ich nehme an, man kann ihn noch ändern. Im § 2 steht, dass *„die Definition sowohl für den öffentlichen als auch für den privaten Grund in sinngemässer Weise gilt, soweit Plakatstellen, welche sich auf privatem Grund befinden und auf den öffentlichen Raum ausgerichtet sind.“* Sonst macht es tatsächlich nicht so wahnsinnig viel Sinn. Ich stelle ja nicht im Garten hinter dem Haus ein Wahlplakat hin, dass niemand sieht, sondern ich stelle es vor das Haus, damit man es von der Strasse aus sehen kann. So wie ich die Verordnung momentan verstanden habe, gilt das Reglement dann sehr wohl. Wie Benedikt Schmidt es gesagt hat, darf es eine gewisse Grösse nicht überschreiten.

Kurt Lanz: Mauro Pavan hat gesagt, es steht Entwurf darüber. Wir haben sehr viel über den Inhalt dieser Verordnung geredet. Es ist auch klar, warum der Gemeinderat nicht unbedingt gerne Verordnungen ins Parlament bringt, weil es eben Diskussionen darüber gibt. Es wäre jetzt auch an der Zeit, dass der zuständige Departementschef öffentlich sagen würde, dass er die Anregungen entgegennimmt und es der Gemeinderat nochmals anschauen wird. Eben gerade im Zusammenhang mit dem privaten Grund und ob man das nicht anders formulieren oder ganz herausstreichen kann. GR Urs Hess hätte jetzt und hier die Gelegenheit, das zu sagen. Dann wäre es klar, in welche Richtung es geht.

Marc Bürgi: Die Diskussion im Rat ist bereits recht fortgeschritten auch bezüglich der Zeit. Wir könnten über die Verordnung, bei der der Gemeinderat berechtigt ist selber auszulegen was darin steht, noch den ganzen Abend diskutieren. Ich glaube, dass was uns gesagt wurde bezüglich den Bäumen, Aufhängevorrichtungen und Plakate auf privatem Grund, die auf öffentlichen Raum ausgerichtet sind, definitiv dann, wenn es zu Diskussionen kommt, wird es relativ schwierig. Wenn der Einwohnerrat Mühe hat mit dem, was der Gemeinderat in die Verordnung schreiben will, dann muss der Rat jetzt konsequent sein und den Gemeinderat einzuschränken, indem er das Gesetz, also das Polizeireglement, wo wir ändern können, genauer ausformuliert. Entweder machen wir das selber mit klaren Paragraphen oder aber wir weisen das Polizeireglement zurück und der Gemeinderat kommt mit einem neuen Vorschlag. Aber über die Verordnungsinhalte zu diskutieren, die nur in der Verantwortung des Gemeinderates liegen, finde ich ein bisschen schwierig. Ich mache beliebt, dass wir das Reglement, auch wenn wir schon in der 2. Lesung sind, zur Überarbeitung zurückweisen, damit wir nachher zustimmen können.

Rückweisungsantrag Marc Bürgi

Fredi Wiesner: Wir diskutieren schon lange über diese Verordnung - was gut und was schlecht ist. Wir haben sie nun bekommen, was sonst eigentlich nicht üblich ist. Dort drin könnte alles stehen, aber wir haben trotzdem nichts dazu zu sagen. Das ist vielleicht ein Nachteil, dass sie dem Rat ausgehändigt wurde und dort Details drin stehen, mit denen wir nicht zufrieden sind. Ich meine, wir sollten diesem Reglement so zustimmen. Wir haben nun gesehen, was drin steht und uns dazu geäußert. Wir sollten dem Gemeinderat die Chance geben, diese Verordnung so anzupassen, dass sie vielleicht so ist, wie wir sie gerne hätten. Wenn das nicht der Fall ist, dann müssten wir halt notabene das Reglement in einer nächsten Zukunft nochmals ändern. Wenn wir es jetzt aber zurückweisen, dann passt der Gemeinderat einfach die Verordnung an, so dass sie uns passt und wir stimmen zu, aber wir sind trotzdem nicht weiter, denn der Gemeinderat kann die Verordnung jederzeit ändern und dann sind wir wieder gleich weit. Wir sollten diesem Reglement so zustimmen und hoffen, dass der Gemeinderat so clever ist, die Verordnung anzupassen.

GR Urs Hess: Wir haben dem Rat die Verordnung mitgegeben und Äusserungen dazu wurden gemacht. Es gibt sicher ein paar Punkte, bei welchen man durchaus sagen kann, das ist ein Wunsch des Rates und kann so in diese Verordnung einfließen. Der Gemeinderat hört auf den Einwohnerrat und darum haben wir diese Verordnung auch hierin gebracht. Ich bitte den Rat, diese Vorlage nicht zurückzuweisen. Bis jetzt hiess es nämlich: *„Das Plakatieren darf nur an dafür bestimmten Stellen und Objekten erfolgen und bedarf einer Bewilligung.“* Das ist der alte Paragraph und der neue heisst: *„Es gibt ein paar Orte, wo es verboten ist, ansonsten ist es überall erlaubt.“* Das ist doch ein grosser Punkt, um dieser Änderung zustimmen zu müssen. Ich bitte den Rat, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen und das Polizeireglement entsprechend zu ändern. Die Verordnung werdet ihr nächstens haben.

Patrick Weisskopf: Ich sehe hier Parallelen zum Tempo 30 und Parkierungsreglement, als man die Parkplätze aufgezeichnet hat und der Rat unglücklich darüber war. Damals wurde das genauso gemacht wie jetzt, dass aufgrund der Verordnung gewisse Sachen zugelassen und andere weggelassen wurden. Darum ist es mir ein Anliegen, dass im

Reglement ein bisschen besser definiert wird, was wir erreichen wollen. Dass wir im Einwohnerrat sagen können, mit dem Reglement haben wir das und das zum Ziel und das müssten wir in einer erneuten Lesung nochmals vorbringen, als guten Vorschlag und dann kann man es machen. Man kann dem Gemeinderat einfach so einen Blankocheck übergeben. Aber ich sehe hier keinen besonders grossen Vorteil und ich sehe auch nicht, dass es liberaler wird. Von dem her unterstütze ich eine Rückweisung und Überarbeitung. Wenn es zur Abstimmung kommt, werde ich es ablehnen.

Andreas Seiler: Was Fredi Wiesner gesagt hat, ist natürlich richtig. Diese Verordnung kann sich jederzeit ändern. Es handelt sich dabei ja um einen Entwurf und ist vom Gemeinderat noch nicht mal verabschiedet. Und selbst wenn er verabschiedet ist, kann der Gemeinderat ihn wieder ändern, d. h. wenn wir diesem Reglement einfach zustimmen, geben wir die Kontrolle komplett aus der Hand und der Gemeinderat kann das regeln, wie er gerade will. Darum bin ich auch der Meinung, wenn man das sauber machen will, sollten wir im Reglement genau festlegen, welche Sachen der Gemeinderat regeln kann, z. B. Positionen wo es erlaubt ist und wo nicht, wobei es zum Kleben und Montieren nicht unbedingt eine Verordnung braucht, weil es ja sowieso durch den Kanton schon geregelt ist. Man muss einfach am richtigen Ort die Kleber befestigen. Mit der Rückweisung geben wir dem Gemeinderat eigentlich die Chance, dass er uns eine Vorlage bringen kann, wo im Reglement definiert wird, was in der Verordnung zu regeln ist und was nicht. So wie es jetzt formuliert ist, gibt es zwar eine grundsätzliche Umkehr. Das ändert ja aber nicht viel, und dann kann der Gemeinderat eigentlich alles bestimmen. Das möchte ich selber nicht, darum bin ich für Rückweisung. Der Gemeinderat hat nun die Chance, uns einen neuen Reglementsentwurf vorzulegen und dann können wir schauen, ob es unseren Wünschen entspricht. Der Wunsch ist natürlich, dass man genauer definiert, was der Gemeinderat regeln kann und was nicht und die Punkte, welche alle aufgenommen wurden, zum Teil dann aus- oder einschliesst.

GR Urs Hess: Ich glaube, der Rat hat langsam festgestellt, dass beim Reglement nur ein Paragraph zu ändern ist. Eine Verordnung ist Sache des Gemeinderates. Denkt bitte daran, wir haben eine gewisse Gewaltentrennung und an diese sollten wir uns halten. Wenn der Rat jetzt diese Vorlage zurückweist, dann bleibt der Paragraph im Reglement genau so stehen, wie es bisher war. Die Verordnung kann dann der Gemeinderat trotzdem ändern wie er will. Aber das wollen wir nicht und darum empfehle ich dem Rat, das Geschäft nicht zurückzuweisen. Ihr holt dabei überhaupt nichts heraus, es bleibt so wie es ist im Reglement. Eine Verordnung kann der Gemeinderat jederzeit machen. Wir sollten das miteinander regeln und darum hat der Rat die Verordnung gesehen und konnte seine Wünsche anbringen. Das ist aber Sache des Gemeinderates. Es geht nur um den einen Paragraphen im Reglement, der jetzt zu ändern ist. Wir wollen das Polizeireglement damit auf die andere Seite kehren. Ich bitte den Rat, dem vorliegenden Vorschlag zuzustimmen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und es folgt die Abstimmung zum Rückweisungsantrag von Marc Bürgi.

://: Der Rückweisungsantrag der BDP, Marc Bürgi, wird mit 20 Nein zu 10 Ja bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

2. Lesung

§ 22 Plakatierung

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und es folgt die Schlussabstimmung.

Der Rat beschliesst mit 16 Ja zu 13 Nein bei 4 Enthaltungen:

://: Die Revision des Polizeireglements (PoIR) vom 28. August 2017 wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 31. Dezember 2018.

Geschäft Nr. 3102

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller, betreffend „Standort Pfadi-Bundeslager 2021 in Pratteln

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller, vom 23. April 2018
- Beantwortung des Gemeinderates vom 18. September 2018

GR Urs Hess: Die Antwort liegt dem Rat schriftlich vor. Dass es so lange gedauert hat, liegt nicht am Gemeinderat, sondern in der Verantwortung des Einwohnerrates. Ich kann versichern, dass die Pfadi einen neuen Lagerplatz in der Innerschweiz gefunden hat. Wir haben es wirklich geprüft und mussten feststellen, dass es in Pratteln fast nicht machbar ist. Ich hoffe, der Rat schreibt das Postulat ab.

Eva Keller (Postulantin): Nachdem das Postulat nicht gerade nach der ersten Einwohnerratssitzung nach dem Überweisen zurückgekommen ist, hegte ich doch ein bisschen Hoffnung, dass sich etwas tut. Aber Wunder dauern halt doch länger. Mit Bedauern muss ich zur Kenntnis nehmen, dass nichts wird mit einem Pfadi-Bundeslager 2021 in Pratteln. Meine Recherchen haben ergeben, dass der Pfadi-Kantonalverband nicht kontaktiert wurde, um dessen Haltung oder Vorstellungen anzufragen. Ich bin nach wie vor von dieser Idee überzeugt. Aber Visionen haben bei den Verantwortlichen keinen Platz. Diesem Projekt gab man keine Chance, um etwas Tolles für die Region auf die Beine zu stellen. Natürlich hätte das in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden gemacht werden müssen. Mittlerweile weiss ich, GR Urs Hess hat es gerade erwähnt, dass sich für das BuLa 17 Orte interessiert haben und 10 Regionen kamen in die engere Auswahl. Die Nordwestschweiz ist nicht dabei. Wir können das Postulat nun abschreiben. Ich danke für die Beantwortung und freue mich auf das Schwingfest 2022.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3102 wird als erfüllt abgeschlossen.

Geschäft Nr. 3126

Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2017 – 2018

Aktenhinweis

- Tätigkeitsbericht der GPK vom 23. September 2018

Kurt Lanz (Präsident GPK): Der Tätigkeitsbericht liegt vor und dazu habe nichts mehr hinzuzufügen. Die verschiedenen Fraktionen sind in der GPK vertreten und wenn etwas noch wichtig gewesen wäre, hätte ich es im Bericht erwähnt. So hoffe ich, dass dieser Bericht zur Zufriedenheit des Einwohnerrates ausgefallen ist und bin gerne bereit, allfällige Fragen zu beantworten.

Emil Job: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt der GPK für ihren Bericht und nimmt ihn herzlich zur Kenntnis.

Fabian Thomi: Die SP-Fraktion dankt ebenfalls für die Arbeit und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Andreas Seiler: In Namen der FDP-Fraktion danke ich der GPK für ihre Arbeit. Wir sind mit dem Bericht zufrieden und nehmen ihn auch zur Kenntnis.

Kurt Lanz: Zum Schluss noch eine kleine Bemerkung: Ganz am Anfang der Tätigkeiten unter Punkt 4 sieht man noch den Bericht zum Amtsbericht. Dies war fast eine historisch Angelegenheit am 18. Dezember 2017, da wurde hierin der letzte Bericht zum Amtsbericht zur Kenntnis genommen. Traktandiert für die nächste Einwohnerratssitzung, ob es zur Behandlung dann reicht, weiss ich nicht, ist der Bericht der GPK zum Geschäftsbericht des Gemeinderats. Dort gibt es dann wahrscheinlich schon mehr zu reden.

Der Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2017 - 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Geschäft Nr. 3124

Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi, betreffend „Öffentliche Spielplätze“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi, vom 21. September 2018

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat möchte es dem Rat überlassen, ob er dieses Postulat überweisen will oder nicht. Das Thema ist in der Gemeinde sehr präsent und wird auch immer wieder bearbeitet. Der Ersatz des Spielschiffes ist im Investitionsprogramm aufgeführt mit Priorisierung 1 und mit CHF 180'000 eigentlich festgelegt, dass es hier eine Anpassung gibt. Der Robi-Spielplatz ist im AFP wie auch in den Legislaturzielen ganz klar zum Ausdruck gebracht und dass man einen Ersatzstandort anstrebt. Wir arbeiten daran. Bei der Spielwiese Buholz gibt es Toranlagen, welche vorhanden sind. Das ist ein Platz, welcher auch für die älteren Jugendlichen zur Verfügung steht, damit sie dort ihren Spieltrieb mit mehr Platz austoben können. Immer wenn es wieder Themen gibt, betreffend Spielmöglichkeiten für Kinder, sind wir sehr offen und bearbeiten dies auch. Darum sehen wir die Dringlichkeit, dies jetzt noch mit einem Postulat zusätzlich zu fördern, nicht unbedingt.

Rebecca Moldovanyi (Postulantin): Ich bitte den Rat um eine Überweisung dieses Postulates. Zum einen, weil es zu den Zielen der Gemeinde passt, insbesondere zum Label der kinderfreundlichen Gemeinde der UNICEF. Zum anderen habe ich das Gefühl, dass es gerade im Gebiet Rankacker/Gehrenacker wenig Spielplätze gibt. Es ist zwar schön, wenn es für die Jugendlichen offen bleibt, denke aber auch, dass es dort für Kinder etwas braucht. Der schöne Spielplatz in der Längi ist wirklich eine Bereicherung. Er hat die Attraktivität gesteigert und man sieht dort auch immer wieder den Spielplatz als Treffpunkt für Kinder und deren Eltern. Im Nachhinein wurde ich darauf aufmerksam gemacht, den Gemeinderat darum zu bitten, auch den alten Gottesacker als Standort für einen Spielplatz zu prüfen.

Andreas Seiler: Zum ersten Punkt des Postulates: Für eine Ergänzung der Liste auf der Website braucht es unserer Meinung nach kein Postulat. Das hätte man einfach mit einer Meldung an den Gemeinderat oder an die Gemeindeverwaltung erledigen können. Zum zweiten Punkt: Wir stellen fest, dass es in den verschiedenen Quartieren überall gewisse Anlagen hat; sei es eine Spielwiese oder ein Spielplatz und zum Teil hat es Quartierräume oder Quartiertreffpunkte oder auch nicht. Die Quartiere sind alle unterschiedlich ausgerüstet. Es ist aber nicht möglich, alle Angebote in allen Quartieren einzuführen, das wäre viel zu aufwändig. Die Gemeinde sollte nur die Aufgaben übernehmen, welche die privaten Personen nicht selber übernehmen können. Speziell im Quartier Gehrenacker/Rankacker gibt es viele private Flächen, wo auch Spielplätze darauf sind. Ich selber bin auch in diesem Quartier aufgewachsen und darum sind wir der Meinung, dass es dort keine weiteren Tätigkeiten der Gemeinde braucht. Wir sind daher gegen das Überweisen der Vorlage.

Franziska Senn: Das Postulat haben wir in unserer Fraktion auch diskutiert und sind eigentlich für Überweisen. Wir haben aber noch das Anliegen oder auch Bemerkung, dass ein Grünflächenkonzept hier schon noch hilfreich wäre. Jetzt geht es plötzlich um den alten Friedhof. Das Buholzareal ist als Grünfläche fixiert. Wir nehmen die Anliegen bezüglich den Spielplätzen zur Kenntnis und dass sie auf der Homepage aufgeschaltet werden, ist unbestritten - dazu braucht es kein Postulat. Beim Buholzareal kann man feststellen, dass die Matte eigentlich rege genutzt wird. Dort sind wir dafür, dass es so bleibt, wie es ist. Ich denke es ist attraktiv genug und auf eine Möblierung wollen wir verzichten. Auch im Hinblick auf die Grünflächeninitiative, weil es dann doch zugebaut ist. Es braucht Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen, welche die Flächen nachher auf eine Art auch wieder versiegeln. Das ist der Standpunkt der Unabhängigen und Grünen.

Simone Schaub: Die SVP-Fraktion ist gegen das Überweisen des Postulates aus den Gründen die Gemeinderat Stefan Löw schon genannt hat. Es wird alles bereits gemacht und den Privaten, was vorhin schon ein Thema war, will man nicht unbedingt ins Handwerk pfuschen. Ich sehe das in diesem Fall auch nicht.

Kurt Lanz: Ich glaube es ist unbestritten, dass Spielplätze die Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten der Kinder massiv unterstützen und vorantreiben. Darum sind uns diese Spielplätze für die Kinder sehr wichtig. Betrachten wir folgende Frage, eventuell noch abzuklären vom Gemeinderat: Wie sieht es mit der Nutzung von privaten Spielplätzen aus? Die Gemeinde engagiert sich im Zusammenhang mit der Quartierentwicklung immer sehr dafür, dass verschiedene Liegenschaftsbesitzer gemeinsame Spielplätze bauen. So könnte die Gemeinde als Vermittler mit den Besitzern der Spielplätze in Kontakt treten, um abzuklären, ob sie diese Spielplätze auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen würden. Sie sollen für alle Kinder offen sein und nicht nur für diejenigen, die in den zwei oder drei angrenzenden Wohnblöcken wohnen. Denn nicht nur die Liegenschaftsbesitzer haben die Spielplätze finanziert, sondern auch die Gemeinde hat dazu ihren Beitrag geleistet. Darum bitte ich den Rat, das Postulat zu überweisen, damit uns der Gemeinderat berichten kann, ob es möglich ist, genau diese Kombinationen herzustellen, so dass die tatsächlich existierenden Spielplätze auch von anderen Kindern der

Gemeinde verwendet werden können. Es ist unbestritten, dass die kognitiven Fähigkeiten von Kindern durch die Spielplätze massiv unterstützt werden.

Petra Ramseier: Ich betone nochmals, was Kurt Lanz gesagt hat. Die Gemeinde soll schauen, wo man noch Spielplätze fördern kann und auch Private dazu motiviert, in Spielplätze zu investieren oder diese zuzulassen. Was mich hierbei stört und auch ein wenig Angst macht: Die Buholzwiese ist eine der wenigen Wiesen, die noch zum Fußballspielen da ist und dies nicht zwischen den Häusern, sondern wirklich ausserhalb. Eine solche Wiese würde ich jetzt nicht zu einem klassischen Spielplatz umbauen, sondern als wertvoll behandeln und so lassen wie sie jetzt ist. Man sollte eher in den Quartieren schauen, wo es noch Möglichkeiten gibt und dafür auch das Grünflächenkonzept ein bisschen vorantreiben. Mit einzelnen Ideen ist es schwer zu sagen, wie es für die Gemeinde als Ganzes aussieht. Kann man nicht über die ganze Gemeinde schauen, wo die Punkte für Spielplätze und Fussballwiesen sind und dann damit wieder in den Einwohnerrat kommen?

Dominique Häring: Wenn man an eine Sitzung geht, sollte man sich normalerweise eine Woche vorher vorbereiten. Wenn ihr auf die Homepage von Pratteln geht, werdet ihr feststellen, dass der erste Punkt des Postulates bereits erfüllt ist, das Gewünschte ist online. Also ist dieser Punkt schon mal obsolet. Bezüglich der Quartierentwicklung hiess es, dass man mit den Besitzern redet und dass man bestehende Spielplätze wieder in Stand stellt mit guten und günstigen Lösungen und unter Einbezug der Kinder und Eltern sowie Mitarbeitern der Gemeinde. Ich war selber in der Quartierentwicklung und durfte ein Projekt im Rankacker miteröffnen. Es steht, es funktioniert und es läuft. Es ist ein funktionierender Spielplatz, den die Kinder selber mitgestalten durften. Es ist halt so, dass die Immobilienbesitzer bestimmen und wir ein offenes Ohr haben. Die Gemeinde ist vorstellig gewesen aber es braucht manchmal seine Zeit, bis alles umgesetzt werden kann. Deshalb nicht überweisen, weil die Sachen bereits laufen und erfolgreich sind.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 17 Ja zu 13 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3124 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3040

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Aktuelle Fröschi-Unterführung als Ort der Gestaltung und legaler Graffiti-Kunst“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, vom 26. Januar 2017
- Beantwortung des Gemeinderates vom 30. Oktober 2018

GR Stefan Löw: Ich entschuldige mich in aller Form für die verspätete Beantwortung. Wir werden uns bemühen, dass das nicht mehr vorkommt. Bei der Beantwortung gab es Verzögerungen, wegen der Diskussion zur Fröschi-Unterführung als solches. Nichts desto trotz haben wir jetzt eine Lösung, welche wir dem Rat präsentieren und auch umsetzen können. Der ganze Gemeinderat ist der Meinung, dass es so umsetzbar ist und beantragt dem Rat, das Postulat abzuschreiben.

Fabian Thomi (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung und Bearbeitung meines Postulates und habe noch einen kleinen Input zur Grundierung und Putzarbeiten: Eventuell könnten das die Jugendlichen grad selber machen, zumindest einen Teil. Somit könnten Kosten gespart werden. Ich weiss nicht, ob man das noch prüfen kann. In diesem Sinne bin ich für Abschreiben.

Stephan Ebert: Seinerzeit waren wir nicht ganz glücklich, über die Überweisung und dass in der Fröschi-Unterführung gemalt werden soll. Mittlerweile hat sich die Meinung geändert. Wir finden den Vorschlag des Gemeinderates gut, auch dass sichergestellt wird, dass nicht einfach nur willkürlich dort gearbeitet wird, sondern einen Künstler Hand bietet. Auch wird darauf geachtet, dass die Flächen vorher gereinigt werden und mehrere Leute die Möglichkeit haben, sich dafür zu bewerben. Wir sollten aber beachten, dass wir nur eine einmalige Zahlung von CHF 5'000 zulassen. Gerade in Anbetracht der frischen Grundierung, gibt es einen kurzen Zwischenraum zwischen der Grundierung und der Realisierung der einzelnen Gemälde oder Bilder dort. In diesem Sinn ist die SVP-Fraktion für Abschreiben.

GR Stefan Löw: Dem wollen wir auch entsprechen. Es sollte zeitnah zueinander sein, dass man bei der Grundierung schon das Konzept bereit hat, wie es dann gemacht werden soll. Der genaue Zeitplan muss vorgegeben sein. Bei der Grundierung müssen wir beachten, dass sie so gemacht wird, dass die Besprayung auch wirklich hält. Beim Besprayen müssen wir die Farben vorgeben, damit wir nicht ein dunkles Loch haben und die Freundlichkeit und Helligkeit gegeben ist. Die Farben müssen an die Bedürfnisse zur Benützung der Unterführung angepasst werden. Deshalb nehmen wir einen Künstler zur Hand, damit es nicht ganz frei ist, sondern konzeptionell einen guten Eindruck macht.

Gerold Stadler: Als ich das Postulat gelesen habe, hat es mir sehr gut gefallen, weil ich die Idee grundsätzlich sehr gut finde, dass Sprayer sich legal an einem Ort entfalten können. Ich bin nicht ganz zufrieden mit der Beantwortung. Ich selber bin Sekundarlehrer und finde es gut, wenn die Schüler kreativ werden, aber das wäre jetzt ein Ort gewesen, wo sich freie Sprayer hätten betätigen können und kreativ wirken. Das wäre dann auch mit den Kosten anders und ein Ort, der künstlerisch lebt. Mit dem Licht habe ich keine Bedenken. Es gibt heutzutage ganz moderne LED-Lichter, welche extrem hell sind. Da könnte man auch bei dunklen Farben genug Licht in diese Unterführung bringen. Der einzige Knackpunkt ist meiner Meinung nach, wie es mit der neuen Fröschi-Unterführung weitergeht, wenn man sich daran gewöhnt hat, dort zu sprayen. Sonst bevorzuge ich, dass es so gemacht wird, wie Fabian Thomi dies ursprünglich verlangt hatte. Als freier Ort für Sprayer und Künstler.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 30 Ja zu 3 Nein:

://: Das Postulat Nr. 3040 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3057

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Zugang Sandgruben ab Rütliweg“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, vom 10. Mai 2017
- Beantwortung des Gemeinderates vom 30. Oktober 2018

GR Stefan Löw: Auch hier entschuldige ich mich in aller Form für die verspätete Beantwortung. Die verschiedenen Möglichkeiten sind in diesem Postulat aufgezeigt und ausgeführt. Im Investitionsprogramm wird Geld zur Verfügung gestellt, um irgendeine Variante umzusetzen. Der Gemeinderat muss dann ganz genau prüfen und evaluieren, welche dieser Möglichkeiten am optimalsten ist. Zurzeit wissen wir das noch nicht und haben es offen gelassen. Wir sind der Meinung, dass mit den finanziellen Mitteln eine Lösung gefunden werden kann und bitten den Rat, das Postulat abzuschreiben.

Marcial Darnuzer (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung und Prüfung und freue mich darüber. Ich bin für Abschreiben. Am Meisten fiel mir auf, dass im AFP die Priorität eine Stufe nach oben gerutscht ist und jetzt eine Investition von grosser Wichtigkeit und Dringlichkeit ist. Danke vielmals.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Ein paar Anmerkungen meinerseits: Für mich macht eine Stahltreppe am meisten Sinn, weil das eine relativ wertvolle Wiese ist. Sie wird schon seit vielen Jahrzehnten beweidet und nicht gedüngt. Sie ist Naturinventar und hat einen hohen Naturwert. Eine Stahltreppe würde die Fläche der Wiese am wenigsten beeinträchtigen. Beim Bau sollte darauf geachtet werden, dass möglichst wenig Installationsfläche gebraucht wird, weil eine Wiederansaat solch einer Wiese nie mehr gleichwertig ist, wie das alt gewachsene über so eine lange Zeit. Darum möchte ich dem Gemeinderat die Variante Stahltreppe aus naturschützerischen Gründen schmackhaft machen.

Simone Schaub: Als das Postulat überwiesen wurde, habe ich dazu bereits schon Stellung genommen. Wir von der Wanne sind damals das Weglein, welches es heute noch gibt, auch herunter gekommen. Ich finde es schön, dass sich der Gemeinderat so viel Mühe und Zeit genommen hat, um vier Möglichkeiten auszuarbeiten. Ich bitte aber darum, auf die Kosten zu achten. Was mir hier fehlt und mich interessiert, wie hoch der Bedarf der Bevölkerung vom Rütliweg zu den Sportplätzen zu gelanden wirklich ist und ob diese nicht einfach zu faul sind, um ein paar Meter weiter zu laufen. Wenn ich da lese, dass die Kosten CHF 200'000 betragen und man dazu auch noch ein bisschen schauen muss, dann heisst das, es werden noch Kosten dazu kommen. Es ist im AFP zwar bereits berücksichtigt, aber ich bitte trotzdem darum, sich um eine günstige Variante zu bemühen.

Patrick Weisskopf: Ich finde die ausgeschaffte Variante Stahlkonstruktion sehr gut. Wir müssen einfach bedenken, dass man auf diesem Sportplatz jetzt ganzjährig spielen kann. Wenn es Schnee hätte, dann wäre der Weg in der jetzigen Form relativ gefährlich, weil er rutschig ist. Das ist auch kein begehbarer Weg im eigentlichen Sinn, sondern als Wartungsweg gedacht und darum hat die Gemeinde vermutlich oben gesperrt, weil das Umfeld glaubt, dann von der Haftung weg zu sein. Das ist eine weitere Sache, die sich in letzter Zeit geändert hat. So eine Stahlkonstruktion ist für mich ideal, weil der Schnee im Winter durchfließt und man problemlos hinunterlaufen kann. Es ist auch relativ wartungsfrei, darum finde ich das eine ganz tolle Sache. Ebenfalls wenn man schaut, dass sich mit Salina Raurica auch noch etwas bewegen wird. So wird das noch eine zusätzliche Nord-Süd-Verbindung geben, welche sicher sehr oft begangen wird.

Jens Dürrenberger: Die FDP-Fraktion ist mit den Antworten zufrieden und ist für Abschreiben. Bezüglich der Kosten merke ich noch an, dass das Schwingfest 2022 diese Treppe ebenfalls braucht. Vielleicht zahlt das ESAF auch etwas daran.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3057 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3137

Bericht der Entwicklungskommission zur Überprüfung der Legislaturziele 2017 – 2020

Aktenhinweis

- Bericht der Entwicklungskommission vom 30. Oktober 2018

Auf dem Referentenplatz nimmt Platz: Patrick Weisskopf, Präsident der Entwicklungskommission

Patrick Weisskopf: Die Entwicklungskommission und der Gemeinderat haben zusammen diese Legislaturziele geprüft. Ich danke allen Teilnehmern für ihre Arbeit. Es war eine sehr fruchtbare Diskussion und wir bekamen einen sehr guten Einblick was in der Verwaltung läuft und wie es vorwärts geht. Neu gibt es ein Ampelblatt und dieses wird auch gemeinsam mit dem Geschäftsbericht vorliegen. Der Bericht, so wie er dieses Jahr zum ersten Mal vorliegt, wird zukünftig zusammen mit dem Geschäftsbericht erscheinen und zwar im zweiten und im vierten Jahr. Wir haben die Zielsetzungen angeschaut und aufgrund vorhergehender Sitzung bemerkt, dass es oftmals schwierig ist, die Ziele besser zu fassen und messbar zu machen. Das wird sich sicher mit dem Einsatz vorliegender Instrumenten verbessern, so wie es im AFP schon drin ist und wir jährlich stückchenweise daran arbeiten. Wir haben dem Gemeinderat mitgeteilt, dass beim Ampelblatt eigentlich die Volltextblätter als aussagekräftige Texte sehr gut sind, können viele Informationen mitbringen und dass damit die Zielerreichung übersichtlich dargestellt werden kann. Noch ist ein bisschen an der Verknüpfung der Legislaturziele und dem AFP zu arbeiten. Wir haben an einer ersten Sitzung vorgearbeitet und grob angeschaut was wir bestellen wollen und in einer zweiten Sitzung war der Gemeinderat mit dabei und hat unsere Fragen sehr kompetent beantwortet. Die Entwicklungskommission hat sich danach nochmals zurückgezogen, um die Detail anzusehen, die dem Rat nun vorliegen. Im Grossen und Ganzen ging es sehr gut.

Urs Schneider: Im Namen der SVP-Fraktion danke ich der Entwicklungskommission recht herzlich für ihren Bericht. Die Überprüfung der Legislaturziele ist wichtig und wird periodisch alle zwei Jahre gemacht, um zu schauen wo wir stehen und ob Anpassungen der Ziele nötig sind. Die Entwicklungskommission hat diverse Empfehlungen im Bericht abgegeben und wir stehen dahinter. Wir bedauern es ein Stück weit, dass man beim städtebaulichen Konzept nicht mehr Gewicht darauflegt, wie auch bei der Mobilität, welche auch mit diesem Konzept zusammenhängen würde. Auch in Anbetracht der Quartierpläne, welche in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Andreas Seiler: Im Namen der FDP-Fraktion danke ich ebenfalls der Entwicklungskommission sowie auch dem Gemeinderat für ihre Arbeit. Wir nehmen den Bericht so zur Kenntnis. Speziell herausstreichen wollen wir auch das städtebauliche Leitbild. Es soll die Grundlage für die kommenden Quartierpläne sein, welche auf dem Weg sind. Leider konnte es noch nicht gestartet werden. Es wäre schön oder sogar wichtig, dass man hier Ressourcen bei der Bauverwaltung freischaffen kann, allenfalls auch mit externer Unterstützung, so dass wir eine entsprechend übergeordnete Grundlage für diese Entwicklung haben. Ansonsten sind wir mit dem Bericht zufrieden.

Marcial Darnuzer: Die SP-Fraktion dankt für die Arbeit der Entwicklungskommission. Wir werden den Bericht so zur Kenntnis nehmen.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt dem Gemeinderat und der Entwicklungskommission für die geleistete Arbeit. Die Ziele sollten irgendwie noch griffiger beschrieben werden, so dass man besser messen kann, ob die Ziele auch wirklich erreicht wurden. Im AFP selber oder im Geschäftsbericht hat es eine Zielerreichung, die ist teilweise noch recht heterogen, wo beschrieben wird, welche Ziele wie gut erreicht worden sind. Manchmal muss man sich das auf den einzelnen Seiten recht stark zusammensuchen. Ein Eindruck, welchen wir in der Entwicklungskommission hatten, ist, dass das ganze System von Globalbudgetierung und politischer Steuerung noch nicht so recht in der Verwaltung angekommen ist. Das kann sich noch verbessern. Das Thema zum städtebaulichen Entwicklungskonzept haben jetzt alle schon betont. Wir haben es schon mehr als einmal hierin diskutiert, wenn man es prioritär behandeln kann, also bevor all die verschiedenen Planungen gemacht sind, dann wäre es absolut wertvoll, dass das Konzept gemacht wird. Es könnte auch im Bereich Verkehr und Mobilität ein paar Fragen lösen, wo wir noch weitere Vorstösse dazu haben. Das Thema Wirtschaft wurde von uns auch diskutiert. Die Homepage der Gemeinde wirkt für die Wirtschaft nicht wahnsinnig einladend. Wenn man sich die Homepage von Allschwil anschaut, gibt es für Betriebe, welche nach Allschwil kommen wollen, ein „Welcome desk“, wo sehr klar ist, mit wem man reden kann und zu welchen Themen. So etwas könnte Pratteln auch einführen. Was uns auch gefreut hat, ist, dass der Gemeinderat in Zukunft auf seinen eigenen Bauten Solaranlagen aufstellen will es keine Diskussionen mehr gibt, ob es das braucht oder nicht, denn wir wissen ja, Strom vom Dach ist eine gute Sache.

Kurt Lanz: Ich habe nur noch eine Frage an den Präsidenten der EK: Es geht um den zeitlichen Ablauf. Wenn ich es richtig verstanden haben, soll in zwei Jahren eigentlich die Darstellung mit den Ampeln gleichzeitig mit der RPK behandelt werden, wenn so quasi der Geschäftsbericht im Einwohnerrat ist. Hat man sich schon Gedanken gemacht, wie das funktioniert? Auf der einen Seite haben die Vorhaben Niederschlag gefunden im AFP und dieser hat ziemliche Ähnlichkeit mit dem Geschäftsbericht des Gemeinderates. Mich würde interessieren, ob wir uns dann zuerst den Bericht der Entwicklungskommission anschauen und danach den Geschäftsbericht des Gemeinderates oder hat man sich überlegt, dass diese Ampeln dort jeweils in den Bericht eingebaut werden, wo sie hingehören, vom Auftrag her oder sehen wir uns zuerst den Geschäftsbericht an und nachher die Ampeln? Hat man sich dazu Gedanken gemacht oder ist das noch offen? Wir haben ja noch zwei Jahre Zeit, um uns das zu überlegen.

Patrick Weisskopf: Kurt Lanz spricht hier ein gutes Thema an. Es ist so, dass die Ampelblätter jedes Jahr im Geschäftsbericht vorhanden sind. Das kann man sicher anschauen, denn der Gemeinderat berichtet jährlich. Die Kommission überprüft dies jeweils im zweiten und vierten Jahr. Das kann man sicher anschauen, wie das im weiteren Ablauf drin sein soll, ob das im Sinne des Anhangs ist oder ob es bei den einzelnen Stellen hineinkommt. Ich sehe es eher im Sinn eines Anhangs.

Marc Bürgi: Auch die BDP Pratteln dankt der Entwicklungskommission und dem Gemeinderat für die Erarbeitung dieses Berichts, bei welchem er regelmässig die Perspektiven „Pratteln in 10 Jahren“ prüft. Aus diesem ausführlichen Bericht ist ersichtlich, dass Pratteln modern und vorbildlich wachsen soll, aber auch sorgfältig. Pratteln ist das Tor zur Stadt und von Pratteln aus erreicht man das Fricktal und Olten. Wir erkennen eine klare Ausrichtung, dass Pratteln familienfreundlich und attraktiv für den Mittelstand wie auch für die Wirtschaft sein soll. Unser Augenmerk liegt ganz klar auf dem Entwicklungsgebiet Salina Raurica. Es ist schön zu erfahren, dass sich dort die Eigentümer geeinigt haben und dass es vorwärts geht. Themen wie öffentlicher Verkehr, wie wir heute schon gehört haben bezüglich Schnellzughalt, ist auch bei uns ein riesen Thema. Das Ziel sollten wir, wenn Pratteln weiter wächst, nicht aus den Augen verlieren. Ebenfalls sollte neben der Entwicklung von Pratteln bezüglich Verkehr beachtet werden, dass man Gemeinde- und Quartierstrasse so gut wie möglich entlastet und die Hauptstrassen in den Dorfzentren sowie auch eine mögliche Tangentiale mit der zukünftigen Rheinstrasse so schnell wie möglich voranbringt, damit der Dorfkern weiterhin attraktiv bleibt. Ich danke für die Arbeit und hoffe, dass er weiterhin wohlwollend zur Kenntnis genommen wird.

Kurt Lanz: Ich danke Patrick Weisskopf für die Antwort auf meine Fragen. Trotzdem bin ich nun ganz durcheinander gekommen. Am Schluss fiel die Bemerkung: Jedes Jahr wird im Geschäftsbericht diese Ampeldarstellung dabei sein, jedoch nur jedes zweite Jahr kommentiert von der Entwicklungskommission. So habe ich das verstanden und so hast du es auch gemeint?

Patrick Weisskopf: Jawohl, das wurde richtig verstanden.

Paul Dalcher: Die Entwicklungskommission hat in ihrem Bericht richtig geschrieben, dass sie das städtebauliche Leitbild vermisst, dass es gar noch nicht da ist. Das ist für mich sehr gravierend, dass das noch nicht vorhanden ist. Mir kommt es so vor, als wäre dies ein Katalog der angefangenen und angedachten Arbeiten und das nach zwei Jahren. Wir sind jetzt in der Halbzeit beim Legislaturprogramm. Ich meine, dass sollte doch noch ein bisschen verbindlicher sein. Das Leitbild fehlt, das ist klar, denn es ist ein Führungsinstrument und das sollte der Gemeinderat zur Hand haben, wenn er gewisse Ziele formuliert, gewisse Richtungen definiert und das fehlt mir. Man sollte Prioritäten setzen. Ich würde vom Gemeinderat noch gerne wissen, was ist in zwei Jahren fertig? Es steht sehr viel geschrieben, was man in nächster Zeit starten will. Aber was ist in zwei Jahren fertig, auf was können wir bauen? Darum empfehle ich, unbedingt das städtebauliche Leitbild jetzt mal in Angriff zu nehmen und Prioritäten nach Wichtigkeit und Dringlichkeit zu setzen. Dann wird die ganze Geschichte transparenter und besser verdaulich.

GP Stephan Burgunder: Wenn ich so direkt angesprochen werde, muss ich etwas dazu sagen: Prioritäten setzt nicht nur der Gemeinderat, sondern auch der Einwohnerrat. Der Rat kann im Rahmen des Budgets die Priorität mit dem städtebaulichen Leitbild nochmals setzen. Dann hat man die Möglichkeit, dies bei der Budgetdebatte im Dezember zu behandeln. Ich habe heute die Zahlen bekommen. Wir haben uns vorbereitet und brauchen ca. 1½ Jahre dafür. Die Kosten von anderen Gemeinden, welche wir angefragt haben, belaufen sich auf CHF 250'000. Dann muss der Rat an der Budgetsitzung diese CHF 250'000 einsetzen und uns die Priorität so erteilen. Ich wünsche mir, der Rat würde anderswo etwas zurücknehmen, damit wir das ausgleichen können. Dann machen wir das auf jeden Fall. Wir würden das auch sehr gerne prioritär behandeln, aber wir machen leider nicht alle Prioritäten selber. Bitte setzt es so ein und wir machen uns an die Arbeit.

Der Bericht der Entwicklungskommission zur Überprüfung der Legislaturziele 2017 – 2020 wird zur Kenntnis genommen.

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Geschäft Nr. 3129, 3132, 3133, 3134 und 3135 nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 22:05 Uhr beendet.

Pratteln, 14. Dezember 2018

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Hasan Kanber

Evelyne Hefti